



Presseinformation

Des Abgeordneten Wissing Vorlieben für Atomstrom:

War das ein Plädoyer für Marktwirtschaft oder für Protektionismus?

Der Bundestagsabgeordnete Volker Wissing hatte in der heutigen Ausgabe der RHEIN-PFALZ wieder Gelegenheit, kämpferisch seine Vorliebe für die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke darzustellen. Der BUND als strikt parteineutraler Veranstalter der bisher 7 Montagsdemonstrationen möchte dazu inhaltlich Folgendes bemerken:

Auch diesmal bringt der Abgeordnete wieder sein fragwürdiges Arbeitsplatzargument in Stellung, zu den tödlichen Gefahren zunehmend vergreisender und terrorgefährdeter deutscher Atomkraftwerke sagt er nichts - obwohl dies das Schwerpunktthema der letzten Montagsdemonstration war. Was wäre wohl mit Arbeitsplätzen, wenn die wirtschaftlich hoch aktive Metropolregion Rhein-Neckar durch einen immer vorstellbaren Supergau unbewohnbar würde?

Als Marktwirtschaftler müsste er eigentlich entsetzt sein über die erneut kräftige Zementierung einer vierfachen **Oligopolen-Macht**: Indem der Staat sich selbst abschafft, entsteht ein immer unkontrollierbarer Staat im Staat. Das bekommt der besten Demokratie nicht.

Als Marktwirtschaftler und Wettbewerbs-Fan müsste er geißeln, dass nach einer aktuellen und minutiösen Studie von Greenpeace die Atomindustrie in Deutschland bisher vom deutschen Steuerzahler über die öffentlichen Haushalte in Höhe von 203,7 Milliarden erhalten hat. Und dazu dürfte in Zukunft noch ein gewaltiger Batzen kommen.

Als Marktwirtschaftler müsste er sich darüber ärgern, dass auch diesmal im neuen Energiekonzept der Bundesregierung – wohl dank Brüderle - die hocheffiziente **Kraft-Wärme-Kopplung** (Wirkungsgrad ca. 90 Prozent!) zur Freude der vier Großen ausgebremst worden ist. Auch hier würde ein großes Arbeitsplatzpotenzial schlummern.

Als Mittelstandsfreund müsste er längst bemerkt haben, wie Großindustrien **Arbeitsplätze** weg-rationalisieren und Mittelständler mit oft kreativen Ansätzen Arbeitsplätze schaffen und erhalten – so bereits ca. 300.000 Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare Energien. Gerade solche – heutige und zukünftige – Arbeitsplätze bedroht Herr Wissing mit seinem bedingungslosen Einsatz für **arbeitsplatzarme, monopolartig aufgestellte Großindustrien**.

All dies ist nicht marktwirtschaftlich und liberal gedacht, es ist eher protektionistisch.

Im Übrigen: Der recht provinziell anmutende Aspekt der Abneigung von Südpfälzern gegen Geothermie und Windkraftanlagen trägt überhaupt nichts zu der zu bewältigenden globalen Problematik bei. Die wahre Dimension des Themas zeigt sich an dem international aufgestellten Desertec-Projekt.

Ulrich Mohr für den BUND Südpfalz